

Vorlage Nr. III-S 9/2024		
für die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Anerkennung eines unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes von 4,0 Stellen für den Abschnitt Bildung und Teilhabe in der Abteilung Ergänzende soziale Leistungen des Sozialamtes

A Problem

Im Abschnitt Bildung und Teilhabe der Abteilung Sonstige Hilfen des Sozialamtes werden Anträge auf Bildungs- und Teilhabeleistungen für Anspruchsberechtigte von Leistungen nach SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz sowie Wohngeld und Kinderzuschlag bearbeitet. Zur Aufgabenerfüllung stehen derzeit 4,5 Stellen in der Sachbearbeitung zur Verfügung.

Mit dem dritten Entlastungspaket des Bundes wurden im Jahr 2022 kurzfristige Hilfen und strukturelle Veränderungen geschaffen, um den Anstieg der Energiepreise zu dämpfen. Die Maßnahmen führten im Einzelnen zu einer Erhöhung der Antragstellungen in den Bereichen Wohngeld, Sozialhilfe nach SGB XII und Kinderzuschlag.

Zum 01.01.2023 trat das Wohngeld – Plus – Gesetz in Kraft, womit mehr Geringverdienende höheres Wohngeld bekommen. Aktuell erhalten in Bremerhaven knapp 2900 Familien Wohngeld. Mit der Einführung des Bürgergeldes zum 01.01.2023 kam es zu einem Erhöhungsschritt des Regelsatzes auf etwa 500 € für Alleinstehende. Zum 01.01.2024 erhöhte sich der Regelsatz erneut auf 563 €. In Anlehnung hieran wurden jeweils die Regelsätze der Sozialhilfe nach SGB XII erhöht. Zur Abmilderung zusätzlicher Belastungen von Familien aufgrund der Inflation wurde auch der Kinderzuschlag erhöht.

Die steigende Anzahl der Antragstellungen in den Bereichen Wohngeld, Kinderzuschlag und Sozialhilfe nach SGB XII führt zu einer erhöhten Anzahl der Berechtigten auf Leistungen von Bildung und Teilhabe beim Sozialamt.

Aktuell erhalten 2155 Kinder Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Knapp 600 Neuanträge stehen zur Bearbeitung aus. In der Zuständigkeit einer Sachbearbeitung in Vollzeit befindet sich regulär die Bearbeitung von 350 Fällen.

In der Sitzung am 10.04.2024 unterstützte der Magistrat folgende, mit Vorlage Nr. III/11/2024 vorgeschlagenen, kurzfristigen Maßnahmen:

- BuT-spezifische Informationstermine in Schulen in besonders betroffenen Quartieren,
- Ausweitung der Beratungsangebote der Formularlotsen für BuT-Anträge,
- Mehrsprachigkeit der Ausfüllhinweise der BuT-Anträge.

Mit Hilfe der beschlossenen Maßnahmen wird das Spektrum des Bildungs- und Teilhabepaketes leistungsberechtigten Familien noch einfacher zugänglich gemacht. Aufgrund dessen wird mit weiteren Antragstellungen zu rechnen sein, woraus sich kurzfristig weiterer Personalbedarf ableitet.

Das gegenwärtige und kurzfristig absehbare Antragsaufkommen erfordert einen Zuwachs von 4,0 Stellen der Sachbearbeitung für Leistungen auf Bildung und Teilhabe. Die Stellen sind nach EG 6 TVöD gruppiert, was zusätzliche Personalkosten von etwa 225.000 € im Jahr verursacht

B Lösung

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung anerkennt den Bedarf von 4,0 Stellen Sachbearbeiter:innen für den Abschnitt Bildung und Teilhabe der Abteilung Ergänzende soziale Leistungen des Sozialamtes und bittet den Personal- und Organisationsausschuss gleichlautend zu entscheiden sowie das Dezernat III alles Weitere zu veranlassen.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Die unabweisbaren personalwirtschaftlichen und finanziellen Mehrbedarfe sind unter A dargestellt. Für eine Gleichstellungsrelevanz gibt es keine Anhaltspunkte. Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen sowie die besondere Betroffenheit eines Stadtteils sind nicht zu erkennen. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger können voraussichtlich insbesondere durch die vom Magistrat am 10.04.2024 beschlossenen Maßnahmen zur Überwindung von Sprachbarrieren unterstützt werden. Die besonderen Belange von Menschen mit Behinderung sind nicht betroffen. Leistungen auf Bildung und Teilhabe betreffen auch die Teilhabe durch Sport. Die besonderen Belange von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen wurden überprüft. Bei Leistungen auf Bildung und Teilhabe handelt es sich um spezifische Leistungen für Kinder, Jugendliche und jüngere Erwachsene.

E Beteiligung / Abstimmung

Die Abstimmung mit dem Personalamt wurde eingeleitet.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Die Vorlage ist für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet und wird über das zentrale Informationsregister der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Öffentlichkeitsarbeit erfolgt durch das Dezernat III.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung anerkennt den Bedarf von 4,0 Stellen Sachbearbeiter:innen für den Abschnitt Bildung und Teilhabe der Abteilung Ergänzende soziale Leistungen des Sozialamtes und bittet den Personal- und Organisationsausschuss gleichlautend zu entscheiden sowie das Dezernat III alles Weitere zu veranlassen.

gez.
Günthner
Stadtrat

Anlage: Stellenbeschreibung